

Rheinsberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

Bezugs-Preis

in unsezer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich
Carl E. J. Hermann



Druck und Verlag
C. E. Hermanns Buchdruckerei
Rheinsberg

Anzeigen

für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erhaltene Blatt werden mit 0,20 Mark für die 5 getragene Zeile oder deren Raum berechnet und bis vormittags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten

Nr. 137

Fernsprecher

Donnerstag, den 25. November 1926.

Kammer 37

32. Jahrgang

Berlin, den 24. November 1926.

Chronik des Tages.

Zu Ehren des Reichspräsidenten von Hindenburg gab der rheinische Gesandte in Berlin Dr. v. Freger ein großes Abendessen.

Der Reichstag hat seine Beratungen nach kurzer Pause mit einer großen außerpolitischen Debatte wieder aufgenommen.

Im Besonderen des ehemaligen Kaisers ist eine merkwürdige Besserung eingetreten.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Schlichtung des Streites um die Gortzwerke sind in Berlin eröffnet worden.

Am 20. und 23. Dezember wird der Papst ein Konsistorium abhalten, in dem mehrere neue Kardinäle gewählt werden sollen.

Die britische Reichspräsidentenkonferenz hat nach mehrwöchigen Beratungen ihre Arbeit beendet.

Ueber Island wurde wegen verschiedener Ueberfälle auf Polizeistationen der Ausnahmezustand verhängt.

Räumung und Kontrolle.

Auf der bevorstehenden Deputiertenversammlung des Völkerbundes in Genf wird die Frage der militärischen Ueberwachung Deutschlands durch den Völkerbund eine große Rolle spielen. Schon seit Tagen beschäftigt sich die gesamte europäische Presse sehr eingehend mit der Angelegenheit, wobei Uebereinstimmung darüber herrscht, daß Deutschland seine Entlassungsverpflichtungen nahezu zeitlos erfüllt habe und die Aufgabe der internationalen Militärkontrollkommission in Berlin damit erledigt sei. Einig ist man auch darüber, daß nunmehr der Völkerbund für die Kontrolle der deutschen Abrüstung zuständig ist, jedoch über das Ueberwachungsverfahren selbst die gegenwärtige Untersuchung — beruht noch völlige Unklarheit.

Während Deutschland und auch England der Auffassung sind, daß es sich nach Artikel 213 des Friedensvertrages bei der Völkerbundkontrolle um keine förmliche Kommission mit einem bestimmten Vorhitz handeln könne, sondern im wesentlichen um die Auffstellung einer Liste von Sachverständigen, die von Fall zu Fall für die Untersuchung bestimmter von irgendeiner Seite aufgeworfener Einwürfe ernannt werden sollen, wird von französischer Seite eine förmliche Kontrolle, wenn nicht für ganz Deutschland, so doch zum mindesten in der sogenannten entmilitarisierten Rheinlandzone verlangt.

Wie man sich in Paris die Regelung dieser Frage im einzelnen denkt, darüber macht der Außenminister des „Matin“ in einem sichtlich nicht ohne Fühlungnahme mit amtlichen französischen Stellen geschriebenen Artikel ausführliche Angaben. Nach seiner Ansicht müßten Stresemann, Briand und Chamberlain bei ihren Besprechungen in Genf im Zusammenhang mit der Kontrollfrage die gesamte europäische Politik besprechen müssen. Die französische Delegation sei der Meinung, daß die Rolle des Völkerbundes in der Abrüstungskontrolle präzisierter werden müsse, bevor die internationalisierte Militärkontrollkommission aufgehoben werde. Da Deutschland seit einem Jahrzehnt die vorzeitige Rheinlandräumung verlangt, werde es auch nicht schwer fallen, sich mit der Reichsregierung über die Organisation der räumung Kontrollmittel für die Zukunft zu verständigen. Man könne, wenn man wolle, die Befehle verkürzen unter der Bedingung, daß anstelle der französischen Truppen von jetzt an eine ausreichende Kontrolle des Völkerbundes organisiert werde. Das sei vielleicht das einzige Mittel, um dem französischen Parlament die beschleunigte Räumung des Rheinlandes annehmbar zu machen. Briand könne darauf hinweisen, daß es besser sei, ein Regime förmlicher Sicherheit an Stelle eines Besetzungssystems treten zu lassen, das ja doch auf alle Fälle in wenigen Jahren ein Ende finden müsse. Wenn ein derartiges Vorgehen vor der öffentlichen Meinung in Frankreich vertretbar sei, so sei es auch in Deutschland unerlässlich, nach allem, was in gewissen Punkten das in den Beträgen festgelegte Recht überschreite.

Das Pariser Blatt „Tribune“ bestätigt in einem ebenfalls amtlich beeinflussten Artikel, daß französischerseits eine förmliche Kontrolle der Rheinlande nach dem Abzug der Besetzungstruppen vorgesehen worden sei und daß Briand und Paul Boncour diese Auffassung in Genf scheinbar entschieden verteidigt hätten. Der sehr lebhaft widerstand im Völkerbundrat habe aber verhindert, daß der Vorschlag der beratenden Kommission bisher einer zweckmäßigen Diskussion unterzogen werden konnte. Hier sei das Problem hängen geblieben. Deutschland habe ebenso klar vor Locarno in Paris wissen lassen, daß es eine förmliche Kontrolle, welche zulassen werde, daß es unter gar keinem Vorwand zulassen werde, daß es unter gar keinem Vorwand die in Versailles vorgesehene Kontrolle, die nur zur Diskussion bestimmt sei, nicht die förmliche Kontrolle im Rheinland mit dem Untersuchungsrecht des Völker-

bundes auf dem gesamten deutschen Gebiet, das im Sinne des Artikels 213 des Versailler Vertrages ausgesetzt werde, zu verweigern. Dieser Durchführungsvorgang habe der Völkerbundrat seinerzeit mit Zustimmung beschlossen. Dieses Reglement bestimme alle Einzelheiten. An der Spitze dieser Kontrollorganisation bestünde sich General Delfosse. Das Dokument könne nun wieder mit Zustimmung des Rates abgeändert werden. Das sei die Auffassung, von der die französische Regierung nicht abweichen dürfe. Gegen diese laufe nun Deutschland Sturm. Es wolle eine Untersuchung ohne die Anwesenheit eines deutschen Verbindungsoffiziers nicht zulassen und damit die unangenehme Kontrolle des Völkerbundes verhindern.

Ueber alle diese Fragen wird man sich zweifellos in Genf ausgiebig unterhalten. Zur Vorbereitung dieser Verhandlungen soll nach Londoner Zeitungsmeldungen zunächst eine Aussprache zwischen England und Frankreich erfolgen. Der englische Außenminister Chamberlain wird sich auf seiner Reise zur Tagung des Völkerbundesrates am 1. bis 3. Dezember in Paris aufhalten, um sich mit Briand über die Kontrollfrage zu unterhalten und eine Verständigung zwischen den beiden Ländern herbeizuführen. In Genf soll dann die große Aussprache mit Stresemann stattfinden. Welchen Ausgang diese Verhandlungen nehmen werden, läßt sich heute natürlich nicht sagen, zumal noch nicht einmal feststeht, ob Dr. Stresemann sich überhaupt nach Genf begeben wird. Sowiebald dies jedoch schon fest steht, daß Zugeständnisse über die klaren Bestimmungen des Friedensvertrages hinaus für Deutschland undiskutabel sind.

Zeitungskauf durch das Reich.

Die Reichsregierung Eigenminister der „Deutsche Allgemeine Zeitung“ — Eine Erklärung Dr. Stresemanns.

Seit einigen Tagen wird Außenminister Dr. Stresemann von einigen Berliner Blättern beschuldigt ohne Wissen der Reichsregierung die völkereigene „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mit erheblichen Mitteln finanziell unterstützen zu haben. Diese Summen wurden auf 90 000 Mark monatlich beziffert. Diese Mitteilungen erregen großes Aufsehen, da die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ eine lange Geschichte hinter sich hat. Unter Bismarck war sie als „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ lange Zeit ein halbamtliches Organ. Das Blatt ging wiederholt in andere Hände über und gelangte in der Nachkriegszeit schließlich in den Besitz des Großindustriellen Hugo Stinnes. Stinnes wollte die Zeitung zu einem Weltblatt ausgestalten. Durch die Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse nach der Stabilisierung wurden diese Maßnahmen beeinträchtigt und nach Stinnes' Tod und dem dann einsetzenden Zusammenbruch des Konzerns mußte die Zeitung als ein dem eigentlichen Konzern fremdes Glied erneut zum Verkauf gestellt werden. Die D. A. Z. wurde darauf von der preussischen Regierung aufgekauft, da von dem Verlagsunternehmer auch der amtliche „Preussische Reichs- und Staatsanzeiger“ gedruckt wurde. Wenige Monate später veräußerte Preußen jedoch die Zeitung wieder und behielt nur die Druckerei. Seitdem waren die Eigentümersverhältnisse an dem Zeitungsunternehmen reichlich unklar.

Wie jetzt Dr. Stresemann im Auswärtigen Ausschuss mitteilt, ist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ im April ds. J. zum größten Teil in den Besitz des Reiches übergegangen. Die damit verbundenen Ausgaben wurden aus den Dispositionsfonds des Reichsfiskus und des Reichsanlagenministers gedeckt. Zwischen dem früheren und jetzigen Besitzer sind, wie Dr. Stresemann erklärt, Verhandlungen über die allgemeine Haltung des Blattes getroffen worden, die die allgemeinen Tendenzen des Blattes entsprachen.

Diese Erklärung hat in der Presse und bei den Parteien eine stürmische Verurteilung ausgedehnt. Man wendet sich einmal gegen die hohen Zinskäufe, die mit dem Verkauf der Zeitung verbunden sind, und zum anderen dagegen, daß der Verkauf geheim gehalten worden ist. Unter diesen Umständen wird die Angelegenheit im Reichstag und im Haushaltsausschuß noch eingehend erörtert werden. Man spricht auch schon davon, daß die Zeitung von der Reichsregierung wieder abgekauft werden soll.

Verlag und Redaktion war nicht bekannt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ selbst erklärt bisher bei Verlag und Redaktion von finanziellen Unterhaltungen durch das Reich und irgendwelchen Verbindungen an die Regierung nichts bekannt gewesen. Die freie Meinungsäußerung sei der Redaktion niemals unterbunden worden. Angriffe gegen die Meinungsfreiheit und politische Ueberzeugung der Redaktion werden in dieser Erklärung als Verleumdungen zurückgewiesen.

Politische Rundschau.

Berlin, den 24. November 1926.

Das Reichswehrministerium hat das vom Stabschef in Goslar erlassene Verbot über den Besuch des dortigen Gewerkschaftshauses durch Heeresangehörige aufgehoben.

Der preussische Ministerpräsident Braun und der Wechselsminister Dirksen haben sich nach Wien begeben, um an der Tagung des Aufrechterhaltungsverbandes teilzunehmen.

Der anlässlich des Bremerheimer Zwischenfalls von den Franzosen verhaftete Soldatmann ist gegen Stellung einer Kaution von 5000 Mark freigelassen worden.

Die bürgerlichen Parteien zur Kriegsschuldfrage. Im Reichstag ist ein von allen bürgerlichen Parteien unterzeichneter Antrag eingegangen, in dem die Reichsregierung ersucht wird, die Frage zu erörtern, wie weit die Satzungen des Völkerbundes und des Ständigen Internationalen Gerichtshofes Möglichkeiten bieten, die Prüfung der Kriegsschuldfrage durch diesen Gerichtshof zu erreichen.

Die Krisenfrage für Erwerbslose ist am 21. November in Kraft getreten. Das Gesetz verpflichtet die Gemeinden, eine besondere Fürsorge für Erwerbslose, die die Höchstdauer der Unterstützung überschritten haben, einzurichten. Die Voraussetzungen für die Krisenfürsorge sind grundsätzlich dieselben wie für die Erwerbslosenfürsorge. Erwerbslose, die Krisenfürsorge erhalten, sind bevorzugt zu öffentlichen Notstandsarbeiten heranzuziehen.

Die Weimarer Koalition in Baden. Die Verhandlungen über die Neubildung der badischen Regierung haben zu einer Regierungsmehrheit auf der Grundlage der Weimarer Koalition geführt. Die neue Regierung wird also von Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten gebildet. Das Interimsministerium verbleibt in den Händen der Demokraten, die dieses vor ihrem Austritt aus der Regierung jahrelang verwalteten.

Der Stand der Fiskusabfindung. Sicherem Vermögen nach wird das zum Jahresende ablaufende Fiskus-Erbverge, durch das gerichtliche Auseinandersetzungen zwischen den Ländern und den Fürsten vorläufig unterbrochen werden, um weitere sechs Monate verlängert werden. Den Anlaß dazu geben noch unerledigte Streitigkeiten zwischen einzelnen Ländern und ihren ehemaligen Landesherren. Im Vordergrund steht hierbei die Koburger Auseinandersetzung. Gestützt auf ein Reichsgerichtsurteil, durch das dem Herzog große Vermögenswerte zugesprochen wurden, weigert sich dieser harntätig, Vergleichsangelegenheiten näher zutreten. Weitere Verhandlungen, Aufklärungsstreitigkeiten u. a. schieben noch in Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg und Thüringen.

Rundschau im Auslande.

Wie aus England gemeldet wird, nahmen Tausende von Bergarbeitern die Arbeit wieder auf, ohne die Verbandsabkommen abzuwarten. Sie bezeichnen, nicht wieder eingestellt zu werden.

Die italienische Grenze ist von feindlichen Truppen besetzt worden. Bei Grenzüberreitungen an unerlaubten Stellen soll sofort von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden.

Die polnische Regierung will eine eventuelle Ausweisung polnischer Wanderarbeiter aus Deutschland mit einer Deutschen-Ausweisung beantwortet. In diesem Zweck soll eine Regularisierung der in Polen wohnenden Reichsdeutschen angeordnet werden.

Die Vorarbeiten für die deutschenglischen Besprechungen.

Die Vorarbeiten für die in der kommenden Woche in London stattfindende Zusammenkunft zwischen deutschen und englischen Industrieführern sind nunmehr abgeschlossen worden. Die Konferenz wird privaten Charakter nicht haben. In der Hauptsache handelt es sich bei dieser Zusammenkunft darum, einer wirtschaftlichen Zusammenkunft zwischen beiden Ländern den Weg zu ebnen.

Mussolini will Italien nicht verlassen.

Wie aus Paris verlautet, hat Mussolini Briand und Chamberlain davon verständigt, ihrem Wunsch auf persönliche Teilnahme an der Deputiertenversammlung des Völkerbundes, falls nicht entzogen zu können, da er unter den gegenwärtigen Umständen Italien nicht verlassen könne. Man nimmt an, daß Mussolini eine Konferenz in einem italienischen Grenzort vorschlagen wird.

Aufstand in Albanien.

In Nordalbanien ist ein bewaffneter Aufstand der Mirditen ausgebrochen. Die Bewegung äußert die Bestrebung angenommen hat und die Aufständischen die Gendarmerie entmachtet, hat die Regierung Truppen entsandt. Zwischen Aufständischen und Regierungstruppen sollen bereits erlittene Gefechte stattgefunden haben. Die Regierungstruppen scheinen der Bewegung Herr zu werden.